

1. Einleitung

Spätestens seit Marine Le Pen bei der französischen Präsidentschaftswahl im April 2012 17,9 Prozent erreichte und der Front National (FN) dieses Ergebnis bei den Europawahlen 2014 auf 25 Prozent steigern konnte, ist dieser auch über Frankreichs Grenzen hinaus wieder in aller Munde. Doch aus der politischen Landschaft Frankreichs ist diese Partei aus der ultrarechten Ecke schon seit den 1980er Jahren nicht mehr wegzudenken. Auch wenn sie aufgrund des Wahlrechts, das auf dem Mehrheitsprinzip beruht, über relativ wenige Abgeordnete in den verschiedenen parlamentarischen Gremien sowohl auf nationaler als auch regionaler bzw. kommunaler Ebene verfügt.

Ebenso lang dauert die Debatte zwischen Historikern, Sozialwissenschaftlern und Journalisten, worauf der Erfolg des Front National beruhen könnte, und sie erreichte in den 1990ern ihren ersten Höhepunkt (Davies 1999: 6f.). Zentrales Ziel der Debatte war und ist es, den Diskurs des FN moralisch anzugreifen. Dessen »geschlossener Nationalismus« und Rassismus sei der liberalen und republikanischen französischen Tradition fremd, so heißt es. Die Geschichte der radikalen Rechten wurde und wird als ein ideengeschichtliches Konglomerat dargestellt, dessen »antiliberale Substanz« von »konterrevolutionären«, antirepublikanischen und faschistischen Intellektuellen ausgearbeitet worden sei, auch wenn inzwischen längst klar wurde, dass der FN die »formale Demokratie nicht beseitigen wird«. So wird über den FN in der Regel im liberalen Establishment und in Reihen des bildungsbürgerlich geprägten, aber altersmäßig eher jungen Antifamilieus diskutiert (Dion 2015: 111f.). Die generelle Darstellung des

FN als »faschistisch« ist nicht nur eine in erster Linie moralische Abwertung. Sie wird auch der gesellschaftlichen Komplexität des Erfolges des FN nicht gerecht.

Ein weiterer Ansatz betont, dass die Ideologie der radikalen Rechten einen irrationalen Charakter besäße und ihre grundlegenden ideentheoretischen Bausteine eine eher nebulöse Entstehungsgeschichte hätten. So sei der Zuspruch für die radikale Rechte in erster Linie ein Ergebnis von Unvernunft und einer gegen die Moderne gerichteten Verweigerungshaltung, die besonders in gesellschaftlichen Krisenmomenten auftrete (Winock 1993a: 9f.). Diese scheinbare Unklärbarkeit des Erfolges des Front National führte dazu, dass man die FN-Wahl gerne zu einem psychologischen Problem verklären wollte. So sei der eigentliche Grund für das Anwachsen des FN, dass er durch seinen charismatischen Führer Jean-Marie Le Pen diese Unzufriedenheit habe kanalisieren können, indem jener eine »Gemeinschaft der Enttäuschten« über Klassengrenzen hinweg konstruiert habe. Der FN werde aus diesem Grund nicht konkreter Inhalte wegen gewählt, sondern aus Enttäuschung über die politischen Eliten. Er sei eine Anti-Partei, die von der Unzufriedenheit der Gesellschaft gespeist werde (Lecœur 2003). Demzufolge seien sowohl die Geschichte wie das aktuelle Anwachsen der Ultrarechten in Frankreich vor allen Dingen ein Hinweis auf die Desillusionierung der Menschen über das herrschende Parteiensystem. Eine Stimme für den FN sei somit eine Stimme gegen die repräsentative Demokratie (Goodliffe 2012: 6).

Dies sei aber kein neues Phänomen, denn schließlich vertrete die radikale Rechte seit dem Ende des 19. Jahrhunderts einen »plebejischen Nationalismus«, der sich vor allem an die von den sozialen Krisen besonders betroffenen Unterklassen wende. Die Thematisierung der Sozialen Frage durch die politischen Führer der Rechtsaußenbewegungen versöhne selbige mit dem Nationalismus (Crépon 2012: 28). Da »faschistoider Nationalismus« und »Marxismus« beide die gleiche Grundintention hätten, nämlich die Überwindung der »Alten Ordnung« und das Verlangen nach »gesellschaftlichen Reformen«, sei es auch nur logisch, dass der gemeinsame Hass auf die »bürgerlich kapitalistische Republik« nicht nur zu einer Zusammenarbeit beider

Gruppen geführt habe. Tatsächlich sei ein großer Teil »rechter Köpfe« von links und somit aus der »jungen« Arbeiterbewegung gekommen (Sternhell 1987: 30). Der französische Faschismus sei so eigentlich ein linkes Produkt. Die These einer »rechten Linken« wurde sofort auf die real existierende linke Arbeiterklasse übertragen, der man unterstellte, durch die »Sozialisation im PCF oder in der CGT« die gleichen »autoritären« und »anti-pluralen« Einstellungen zu besitzen, wie sie vom Front National vertreten werden. So wurden diese Arbeiter zur »natürlichen« Basis des FN erklärt, der ihre »Leiden thematisiere«, und nicht die »(gebildeten und wohlhabenden) bürgerlichen Haushalte« (Collovald 2004: 185). Die Literatur betont deshalb pflichtgemäß seit den 1990ern, spätestens aber seit den 2000er Jahren, diese »sozialpolitische Wende« in der Rhetorik der Le Pens (Vater und Tochter) des FN gefunden zu haben (Ivaldi 2012: 107).

Dieser Diskurs durchzieht aber auch Teile der akademischen Linken. So wird auch hier eine direkte Linie zwischen den Auswirkungen des neoliberalen Umbaus und der damit einhergehenden Deindustrialisierungspolitik gezogen, um die vermeintliche Attraktivität des FN für die Arbeiterschaft zu erklären. So sei es neben der Schwächung des PCF und der Gewerkschaften durch die steigende Arbeitslosigkeit, die zum Verlust des direkten Einflusses auf die Arbeiterklasse geführt habe, auch noch zu einer Verlagerung des politischen Schwerpunktes seitens der regierenden Sozialdemokraten weg von der Welt der Arbeit hin zur Migrationsdebatte gekommen. Damit sei der Eindruck entstanden, die Migranten, und nicht die prekarierten Arbeiter, seien die wahren Ausgeschlossenen. Dieses sich Abwenden von der Arbeitswelt durch die Linken habe innerhalb des Arbeitermilieus zu einer massiven Enttäuschung geführt, weshalb aus Protest über den immer weiter fortlaufenden sozialen Abstieg die Wahl des FN erfolge (Beaud/Pialoux 2012: 453).

Hier sei angemerkt, dass selbst Beaud und Pialoux in ihrer Studie über die Arbeiter von Peugeot in Sochaux, aus der die oben formulierte These stammt, keinen wirklichen Hinweis darauf liefern, dass Industriearbeiter besonders anfällig für die Propaganda des FN wären. Trotzdem gehen auch diese beiden Soziologen unkritisch von dem angeblichen

Fakt aus, dass Unvernunft und Protest die Hauptgründe dafür sind, dass der Front National prosperiert. Allerdings weist Gabriel Goodliffe darauf hin, dass die radikale Rechte ein »kohärentes Programm« habe, dass eine »ideologische Attraktivität für gewisse soziale Gruppen oder Klassen verfüge«. Dem würde in der französischen Debatte allerdings oftmals wenig Aufmerksamkeit geschenkt (Goodliffe 2012: 8).

Da diese Debatte über eine rationale, wenn auch widersprüchliche Zustimmung zum FN nicht wirklich geführt wird, stehen auch die eigentlichen Träger faschistoider Bewegungen der Vergangenheit, die »ökonomisch gesicherten Mittelschichten«, nicht im Zentrum der Debatte. Dies könnte natürlich daran liegen, dass für Frankreich tatsächlich kein großer Zuspruch aus der Mitte der Gesellschaft für Rechtsaußen nachweisbar ist. Viel wahrscheinlicher ist allerdings, dass die Verweigerung einer unvoreingenommenen Forschungsarbeit zur sozialen Basis des FN derartige Hinweise, die es tatsächlich sowohl in der Geschichte der radikalen Rechten als auch in der Gegenwart gibt, eine derartige Diskussion nicht in Gang kommen lässt.

So wird oftmals ein Bild gerade des Front National konstruiert, das mit der Wirklichkeit nicht viel gemein hat. Es gehört nämlich auch zur Wahrheit, darauf hinzuweisen, dass ein Großteil der empirischen Forschungsarbeiten, auf denen die ständig wiederholte These vom generellen Rechtsruck der Arbeiterklasse beruht, ihre Existenz der Arbeit antikommunistischer, neokonservativer Milieus innerhalb der nordamerikanischen Sozialwissenschaft verdankt, die in der Folge nach Europa durchsickerten (Agrikoliansky/Collovald 2014: 14). Diese Fraktion um Seymour Martin Lipset betrachtete das US-amerikanische politische System als Referenzpunkt für alle anderen demokratischen Systeme, und sah deshalb ihre Hauptaufgabe darin, während des Kalten Krieges der (sozialistisch orientierten) Arbeiterklasse ihre »Vorlieben für den starken Führer« nachzuweisen. Den Arbeitermilieus Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und sogar Chauvinismus zu unterstellen, gehört seitdem zum Standardrepertoire vieler Soziologen und Politikwissenschaftler (Bréchet 2012a: 42). Gesellschaftspolitisches Leitbild für diese sozialwissenschaftlichen Milieus wurden die Ideale der amerikanischen Mittelschicht: Pragmatismus, Reformismus und Überwin-

derung der Thematisierung der Klassenfrage. Denn nur die amerikanische Mittelklasse mit ihrem Drang nach Gleichheit und Demokratie sei immun gegen Faschismus und Totalitarismus (Guilhot 2006). Dass sich der FN heute in der Öffentlichkeit somit als »Partei des Volkes« präsentieren kann, liegt also viel weniger an ihm selber, als an den Wissenschaftlern und Medien, die der Partei dieses Image verliehen haben (Le Bohec 2005: 96).

Dieses Buch möchte dieses vorherrschende Bild von der Ultrarechten in Frankreich in Frage stellen. Das soll in drei Kapiteln erfolgen. Zuerst einmal wird überblicksartig die Geschichte der ultrarechten Bewegungen dargestellt. Dies soll aber in erster Linie nicht als abstrakte Ideologiekritik erfolgen, sondern Ziel ist es, konkret herauszuarbeiten, welche sozialen Akteure und welche ökonomischen Rahmenbedingungen die Herausbildung der ultrarechten Traditionslinie begünstigten, und darzulegen, welche Rolle dabei insbesondere die traditionellen Mittelschichten spielten. Dabei wird deutlich, dass die Geburt der radikalen Rechten eine Reaktion auf die sich verändernden ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen war, von denen vor allen Dingen das Kleinbürgertum als dominierende ökonomische Gruppe betroffen war. Verstärkt wurden diese Einstellungen durch einen allgegenwärtigen Pessimismus in Frankreich, der auf die Kriegsniederlage gegen Deutschland und die ökonomische Depression seit den 1880er Jahren folgte. Der Liberalismus und die Demokratie schienen zu schwach, Frankreich im Konzert der großen Nationen zu halten. Der Wunsch nach einer starken Nation, die alle gegenwärtigen und zukünftigen Bedrohungen von außen abwehren könnte, entstand.

Anschließend soll dargelegt werden, inwieweit sich in der Programmatik des FN die Fortsetzung der Ideen der Vorläuferorganisationen widerspiegelt. So sind die zentralen Aspekte der radikalen Rechten, nämlich die Bewahrung von »Blut, Geschichte und Kultur« als Basis einer »starken und autonomen Nation«, weiterhin zentraler Bezugspunkt im Denken des FN. Im Denken und Handeln dieser Partei richtet sich alles daran aus, wie die ständig gefährdete Position Frankreichs in der Welt gestärkt werden kann. Alle gesellschaftlichen und ökonomischen Lebensbereiche sind deshalb der »Nationalen Präferenz« oder einer

»Nationalen Priorität«, wie Marine Le Pen es formuliert, unterworfen. Ganz besonderes Augenmerk gilt dabei den Kleineigentümern, die als traditionelle Basis der französischen Gesellschaft gesehen werden. Es soll aber auch die immer wieder im Raum stehende Behauptung widerlegt werden, dass der Front National eine Partei sei, die die Interessen der »kleinen Leute« im Blick habe und ein dem Neoliberalismus entgegengesetzte Programmatik vertrete. Der FN als selbsterklärte Partei der kleinen Unternehmer vertritt nämlich in keiner Weise die Auffassung, dass die ökonomische Krisensituation, die Frankreich durchlebt, durch eine gerechtere Verteilung der Vermögen oder gar durch gesellschaftliche Solidarität gelöst werden könnte. Im Gegenteil, für den FN ist der Weg aus der Armut ein Ergebnis des individuellen sozialen Aufstiegs, der durch das eigene Talent und durch die eigenen Fähigkeiten ermöglicht wird. Dieser Schritt muss von der Politik ermöglicht werden, meinen die Anhänger des Front National.

Daran anschließend befasst sich das letzte Kapitel mit der Frage, was sich jenseits von Mutmaßungen tatsächlich zur sozialen Basis des FN sagen lässt. Das soll anhand ethnologischer und empirischer Forschungsergebnisse geschehen. Diese sollen die potenziellen Wähler des FN charakterisieren und ihre Beweggründe untersuchen. Dabei zeigt sich relativ schnell, dass die sozialen Verlierer, entgegen der gängigen Annahmen, nicht die zentrale Wählergruppe des FN sind. Vielmehr wird deutlich, dass der FN seine Stimmen von Menschen erhält, die seiner nationalliberalen Programmatik zustimmen. Es handelt sich um Fraktionen der Mittelschichten, die im sozialen Aufstieg begriffen sind – und nicht im Abstieg.

Diese »Milieus« lassen sich auch in den größten regionalen Hochburgen des FN antreffen. Der Glaube an die eigene Leistungsfähigkeit, verbunden mit der Angst vor dem sozialen Abstieg, bewirkt, dass sich diese Menschen in den Diskursen einer Partei wiederfinden, die einerseits einen deregulierten Kapitalismus fordert, aber andererseits dessen Auswirkungen, die »absolute Konkurrenz«, fürchtet. Es handelt sich daher eher um eine Krise des Ideals des »starken Individuums«, als um einen Protest gegen eine Deklassierungserfahrung, wie sich ganz am Ende des Buches zeigen wird.